



Dringlichkeitsantrag

der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, DIE LINKE und SSW

Universitäten in Schleswig-Holstein nicht gegeneinander ausspielen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, keine Vorfestlegung zur Schließung des Medizinstudiengangs an der Universität Lübeck zu treffen und sich umgehend mit Vertretern und Vertreterinnen der Universitäten Kiel und Lübeck sowie des Universitätsklinikums aus Kiel und Lübeck zusammensetzen, um eine tragfähige Lösung für den Hochschul- und Medizinstandort Schleswig-Holstein zu erarbeiten. Gemeinsam soll versucht werden, eine Lösung zu finden, die die exzellente Medizinerbildung in Kiel und Lübeck erhält. Angesichts der schwierigen Haushaltslage des Landes hält es der Landtag außerdem für notwendig, auch Vertreter und Vertreterinnen der Bundesregierung an diesen Gesprächen zu beteiligen um eine finanzielle Unterstützung zu erreichen.

Begründung

Die Entwicklung der letzten Tage zeigt, dass Schleswig-Holstein sein Image als exzellenter Medizinhochschulstandort zu verlieren droht. Die Universitäten Kiel und Lübeck drohen sich gegenseitig zu beschädigen. Der Vorwurf, dass die Universität Kiel das Aus für die Medizinerbildung in Lübeck konzeptionell mit erarbeitet hat, verschärft diese Situation noch. Es ist zwingend notwendig, dass sich die Landesregierung zügig mit allen Beteiligten zusammensetzt, bevor weiterer Schaden für das Land und seine Universitäten entsteht.

Dr. Robert Habeck
und Fraktion

Dr. Ralf Stegner
und Fraktion

Ellen Streitböcker
und Fraktion

Anke Spoorendonk
und Fraktion